



Protokoll der 33. Sitzung des Einwohnerrates

vom 31. März 2004, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Adolf Fluri, Werner Weber, Pascal Wyss
Stadtrat: Werner Kunz, Marc Lüthi

| Traktanden | Laufnummer |
|--|-------------------|
| 1. Berichte des Stadtrates und der Fiko betreffend Sport- und Volksbad Gitterli AG - Betriebsbeiträge 2004 bis 2006 <i>://: Anträgen zugestimmt</i> | 03/154 |
| 2. Berichte des Stadtrates und der BPK betreffend Tempo-30-Zone im Langhagquartier <i>://: Anträgen der BPK zugestimmt</i> | 03/161 |
| 3. Berichte des Stadtrates und der GEB betreffend Baurechts-Neuregelung für die Sport- und Freizeitanlagen im Gitterli <i>://: Anträgen zugestimmt</i> | 02/114 |
| 4. Berichte des Stadtrates und der Fiko betreffend Motion Nr. 03/130 von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Einführung von Blockzeiten <i>://: Anträgen der Fiko zugestimmt, Motion abgeschrieben</i> | 03/130 |
| 5. Berichte des Stadtrates und der GoR betreffend Änderung des Reglements über die Entschädigungen der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen <i>://: Anträgen der GoR zugestimmt, Postulat abgeschrieben</i> | 02/97 |
| 6. Bericht des Stadtrates betreffend Dichter- und Stadtmuseum Liestal - Leistungsauftrag, Anpassung <i>Vertagt</i> | 04/166 |
| 7. Postulat von Astrid Basler betreffend Verschiebung Termin Einwohner- rats- und Stadtratswahlen ab Jahr 2008 <i>Vertagt</i> | 04/165 |

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen März-Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Das Büro des Einwohnerrates hat an seiner Sitzung vom 25. März 2004 folgende drei Vorlagen direkt an die Spezialkommission GoR überwiesen:
 - Bildungsreglement (Nr. 02/111);
 - Vertrag über die Bildung einer Kreisschule für die Spezielle Förderung und eines gemeinsamen Schulrates (Nr. 04/167);
 - Regionale Musikschule Liestal - Statuten über den Zweckverband; Vertrag über den gemeinsamen Schulrat (Nr. 04/168).
- Foto Spiess macht an der heutigen Sitzung Fotos für die neue Heimatkunde von Liestal.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadträtin Regula Gysin informiert zur Situation am Bahnhof, über die man auch in den Medien habe lesen und hören können. Das Thema sei nicht neu. Jetzt, wo es wieder wärmer werde, eskaliere die Situation wieder stärker. Die Stadtpolizei habe von einigen Vorfällen keine Kenntnis gehabt, weil sie vom Kanton nicht alle Rapporte erhalten habe. Zwischen dem Kanton, der Stadt und den SBB gebe es aber grundsätzlich eine sehr gute Zusammenarbeit. Im Rathaus werde diesbezüglich nächste Woche eine Sitzung stattfinden. Von einer Messerstecherei und Schusswaffen, die in einem Flugblatt erwähnt worden seien, habe die Stadt keine Kenntnis gehabt. Der Kanton habe mitgeteilt, dass es zwar Meldungen gegeben habe, dass sie aber nicht von einem solchen Ausmass seien, wie in dem Flugblatt beschrieben. Das Flugblatt, das in der Region verteilt worden war, nehme man ernst, auch wenn es anonym verfasst sei. Ein wichtiges Stichwort sei die Integration. Es sei für Liestal ein Kernthema, dass die Integration von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien so früh wie möglich stattfinde. Kindergärten und Schulen leisteten hier enorme Arbeit. Seit einigen Jahren gebe es eine stadträtliche Kommission, die Integrationskommission. In den Medien habe man lesen können, punkto Integration geschehe in Liestal nichts oder wenig. Diese Aussage sei ein Affront gegenüber allen, die sich in diesem Bereich engagierten. Die angesprochenen Probleme beträfen nicht nur die Liestaler Jugendlichen, sondern auch diejenigen umliegender Gemeinden. Liestal und der Liestaler Bahnhof seien ein zentraler Punkt. Vergangene Woche habe das Departement Soziales, Gesundheit und Kultur grünes Licht für ein Projekt erhalten, das mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton ausgearbeitet werde. Das Thema sei von Ängsten und Unsicherheiten geprägt, deshalb sei die Hilfestellung von Fachleuten wichtig.

Als **Stimmzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Luzia Kilchmann
 - Elisabeth Augstburger
 - Adrian Mächler
-

Traktandenliste

- Daniel Schwörer hat dem Ratspräsidenten Paul Finkbeiner vorgängig folgenden Antrag gestellt: Das Geschäft Nr. 02/97 (Berichte des Stadtrates und der GoR betreffend Änderung des Reglements über die Entschädigungen der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen) sei an erster und nicht an fünfter Stelle zu behandeln. Als GoR-Präsident habe er das erwähnte Geschäft zu vertreten, müsse jedoch spätestens um 19 Uhr die Sitzung verlassen. Paul Finkbeiner gibt bekannt, dass das Büro dem Antrag von Daniel Schwörer an seiner Sitzung vom 25. März 2004 zugestimmt habe.

Neue persönliche Vorstösse

Es sind keine neuen Vorstösse eingegangen.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 28. Januar 2004

://: Das Protokoll wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

- Auf Seite 850, zweitletzter Abschnitt, werden die beiden folgenden Sätze gestrichen: "Auch Einwohnerrats-Strukturen seien nicht vorhanden gewesen. Das Stadtpräsidium sei als Nebenamt geführt worden."
- Auf Seite 852 wird am Schluss des Votums von Hans Brodbeck "Hinterseestrasse" durch "Hinterseeweg" ersetzt.

Bis zum Schluss der Sitzung konnten die Traktanden Nr. 6 und Nr. 7 nicht behandelt werden. Sie werden für die Einwohnerratssitzung vom 12. Mai 2004 traktandiert.

297 L.2.2.3 Gemeindeliegenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze

1. Berichte des Stadtrates und der Fiko betreffend Sport- und Volksbad Gitterli AG - Betriebsbeiträge 2004 bis 2006 (Nr. 03/154)

Auf den 01. Januar 2001 wurden die Bäder der Stadt Liestal aus der städtischen Verwaltung ausgegliedert und in die neu gegründete Sport- und Volksbad Gitterli AG überführt. Mit der neuen Betriebsform wurden grundlegende Veränderungen bei Führung und Finanzierung der Zentrumsbäder realisiert.

Insbesondere konnte eine finanzielle Beteiligung der Nachbargemeinden und des Kantons sowie Privater erreicht werden. Die Beteiligung von umliegenden Gemeinden an den Betriebskosten, die zusätzlich zur Aktienbeteiligung geleistet wird, ermöglichte eine Entlastung der Stadt Liestal. Zudem wurde unter den neuen Rahmenbedingungen die bei der Verselbständigung aufgestellte Vorgabe erfüllt, dass sich das jährliche Betriebsdefizit der AG bei CHF 700'000.00 und damit deutlich unter dem vormaligen Betriebsdefizit einstellen soll. Insgesamt resultiert für die Stadt Liestal eine jährliche Entlastung von durchschnittlich CHF 350'000.00.

Diese erhebliche Verbesserung des Kostendeckungsgrades und der Wirtschaftlichkeit erzielte die Sport- und Volksbad Gitterli AG mit verschiedenen Massnahmen. Auf die Kundenbedürfnisse konnte autonom und entschlossen eingegangen werden. In den drei ersten Geschäftsjahren wurden gemäss den Vorgaben aus dem Businessplan die baulichen Anpassungen und Sanierungen sowie die Attraktivitätssteigerungen realisiert. Die Öffnungszeiten wurden ausgeweitet, die Bewirtschaftung der Wasserflächen verbessert, das Shop-Angebot vergrössert und das Bistro mit einem neuen Angebot erfolgreich in Eigenregie bewirtschaftet.

Stetig steigende Eintrittszahlen und das positive Echo aus der ganzen Region zeigen, dass sich mit der Verselbständigung nicht nur die Betriebs-, sondern auch die Besucherzahlen in erfreulichem Ausmass verbessert haben.

Gemäss Abstimmungsvorlage vom 24.09.2000 soll der Betriebsbeitrag der Stadt Liestal an das jährliche Betriebsdefizit von CHF 700'000.00 ab dem Jahr 2004 von derzeit CHF 600'000.00 auf CHF 400'000.00 reduziert werden, da die Beteiligung an den Betriebskosten in der Beitragsperiode 2001-2003 noch nicht einer anteilmässigen Aufteilung mit den Nachbargemeinden entspricht.

Trotz intensiver und systematischer Bemühungen ist es der Sport- und Volksbad Gitterli AG und dem Stadtrat nicht gelungen, die umliegenden Gemeinden zu verpflichten, ihren Betriebsbeitrag 2004-2006 angemessen zu erhöhen und damit einen von CHF 600'000.00 auf CHF 400'000.00 reduzierten Beitrag der Stadt Liestal an das Betriebsdefizit von CHF 700'000.00 zu kompensieren. Die Vorgabe vom 24.09.2000, durch eine stärkere Einbindung der Nachbargemeinden eine Senkung des Betriebsbeitrages der Stadt Liestal zu erreichen, hat sich als unrealistisch erwiesen.

Der Stadtrat möchte in Anbetracht dieser Ausgangslage auf den Beschluss vom 24.09.2000 zurückkommen und beantragt, auch für die Beitragsperiode 2004-2006 einen jährlichen Betriebsbeitrag von maximal CHF 600'000.00 zur Deckung des Betriebsdefizites der Sport- und Volksbad Gitterli AG zu beschliessen.

Der Stadtrat erachtet die weitere Stabilisierung der Sport- und Volksbad Gitterli AG als vorrangiges Ziel. Diese Stabilisierung wird insbesondere durch die in der Plankostenrech-

nung vorgesehene Amortisation der für die Realisierung der ersten und zweiten Bauetappe aufgenommenen Fremdmittel erreicht. Mittelfristig soll die Reduktion der Fremdmittel ermöglichen, dass die Sport- und Volksbad Gitterli AG die Voraussetzungen erfüllt, um die für die Sanierung des Gartenbades oder die Realisierung der dritten Bauetappe erforderlichen Fremdmittel beschaffen zu können. Mit dem Betriebskostenbeitrag der Stadt Liestal wird der Weg der Stabilisierung also massgeblich unterstützt.

Im übrigen ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Bemühungen, von anderen Gemeinden einen angemessenen Beitrag an die Betriebskosten zu erhalten, von der Sport- und Volksbad Gitterli AG mit Unterstützung der Stadt Liestal fortzusetzen sind.

Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

- Zur Erfüllung des Leistungsauftrages wird der Betriebsbeitrag der Stadt Liestal zur Deckung des Betriebsdefizites der Sport- und Volksbad Gitterli AG für die Betriebsjahre 2004 bis 2006 unverändert bei jährlich maximal CHF 600'000.00 festgelegt.

Die Finanzkommission hat das Geschäft vorbereitet und ist zu folgenden Schlüssen gekommen:

- Sie unterstützt den Antrag des Stadtrates.
- Sie stellt folgenden Zusatzantrag: Die Leistungsvereinbarung zwischen den Bädern und der Stadt soll bis spätestens Ende 2005 formuliert werden. Der Einwohnerrat ist angemessen zu informieren.

Fiko-Präsident Peter Rohrbach (parteilos) führt aus, die Finanzkommission habe sich intensiv mit der finanziellen Situation der Bäder AG befasst. Es sei darum gegangen, zu beurteilen, ob die Stadt noch stärker belastet werde oder ob es in etwa bei den jetzigen Forderungen bleiben werde. Die Fiko sei zum Schluss gekommen, dass wohl kaum höhere Belastungen auf die Stadt zukommen würden. Bereits im Jahr 2000 habe der Einwohnerrat das Thema Bäder intensiv diskutiert. Viele hätten damals gefunden, das Hallenbad sei zu teuer und sei zu schliessen. Eine Schliessung wäre die Stadt aber auch teuer zu stehen gekommen. Schliesslich habe man einen Kompromiss geschlossen. Die Bäder AG habe sich nicht ganz an die Vorgaben gehalten. Zu betrachten sei das Ziel der Gitterli AG. Man könne sich fragen, weshalb um jeden Preis mehr Leute dorthin gelockt werden müssten. Wenn es gelänge, junge Leute vom Bahnhof wegzubekommen und in die Bäder zu bringen, wäre das gut. Die Fiko stelle sich hinter die Anträge des Stadtrates. Es sei in der Kommission aber klar zum Ausdruck gekommen, dass man vom Betrag von CHF 600'000.00 herunterkommen müsse. Es könne auch einen Einbruch bei den Einnahmen der Bäder geben. Den müsste die Gitterli AG selbst auffangen. Es dürfe nicht sein, dass die Beiträge der Stadt erhöht würden.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) betont, das Liestaler Bad werde heute professionell und motiviert geführt. Er bitte darum, in der Diskussion daran zu denken, dass das frühere Defizit von rund 1 bis 1,1 Millionen Franken dank grosser Anstrengungen massiv habe gesenkt werden können. Auch würden Beträge für Wasser- und Baurechtszinsen wieder an die Stadt beziehungsweise an die Bürgergemeinde zurückfliessen. Gleichzeitig sei eine beachtliche Steigerung der Attraktivität des Bades erreicht worden. In der Vergangenheit sei immer wieder betont worden, wie wichtig ein sinnvolles Freizeitangebot für die Jugend sei. Es sei besser, Geld in die Prävention zu stecken, als später wieder mehr für das Sozialwesen auszugeben. Zur Institution "Sport- und Volksbad Gitterli" sei Sorge zu tragen. Mit dem heutigen Entscheid werde hoffentlich ein positives Zeichen gesetzt.

Stadtrat Lukas Ott ergänzt, Paul Finkbeiner habe dem Stadtrat aus dem Herzen gesprochen. Geschäftsleitung und Verwaltung der Bäder verdienten Dank. Die Bäder seien tatsächlich günstiger und besser geworden. Eine Schliessung, wie sie im Jahr 2000 diskutiert worden sei, komme einem heute undenkbar vor. Die Bäder AG verfolge eine Vorwärtsstrategie und wolle damit ihre Einnahmen verbessern. Die aktuellen Frequenzzahlen gäben dieser Strategie recht: Es kämen mehr Leute ins Schwimmbad. Die Phase der Konsolidierung habe begonnen. Man müsse in dieser Phase allerdings auch amortisieren können. Investitionen seien weiterhin zu tätigen. Wenn alles nach Plan ablaufe, sei die Bäder AG in der Lage, selbst zu investieren. Wissen könne man allerdings nicht, was an unplanmässigen Investitionen komme. Man dürfe sich nicht der Illusion hingeben, dass die Bäder AG imstande wäre, ungeplante grössere Investitionen selbst zu bestreiten. Das Bad brauche die öffentliche Unterstützung. Die umliegenden Gemeinden seien stärker in die Unterstützung einzubinden. Nach intensiven Diskussionen habe sich aber gezeigt, dass dies nicht möglich sei. Der Beitrag der Stadt von CHF 600'000.00 jährlich könne also nicht reduziert werden. Mit diesem Beitrag wolle die Stadt helfen, die Bäder zu stabilisieren. Er danke für die Arbeit der Fiko, sie habe fundiert analysiert. Er denke, die Finanzkommission habe die Sicherheit herstellen können, dass die Stadt auch nach drei Jahren bei dem Betrag von CHF 600'000.00 bleiben könne. Er bitte darum, den Anträgen, wie sie die Fiko unterbreite, zuzustimmen.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Andreas Zbinden (FDP) sagt, das Geschäft habe Wellen geworfen und werde dies weiterhin tun. Seine Fraktion stehe der Sache mit gemischten Gefühlen gegenüber. Festzuhalten sei als Erstes, dass sich das Bad zu einem kundenorientierten Betrieb entwickelt habe. Den Mitarbeitern und Führungsverantwortlichen sei dafür zu danken. Was die Beibehaltung der Unterstützung von CHF 600'000.00 betreffe, sei die Fraktion gespalten. Dies sei ein sehr grosser Betrag. Man müsse sich fragen, ob sich die Stadt in der jetzigen Situation, wo aus finanziellen Gründen überall gestrichen werde, dies erlauben könne. Der dritte Punkt sei das Thema Kommunikation durch den Stadtrat. Erst im November 2003 habe der Einwohnerrat vom Betrag, um den es jetzt gehe, erfahren. Der Stadtrat solle eine aktivere Informationspolitik betreiben. Schliesslich sei er im Verwaltungsrat der Bäder vertreten. Der Stadtrat hätte den Verantwortlichen der Bäder besser mitgeteilt, der Beitrag solle auf CHF 400'000.00 reduziert werden; dann hätte sich der Verwaltungsrat andere Szenarien ausdenken müssen. Die Chance, dass sich der Einwohnerrat aktiv an diesem Geschäft hätte beteiligen können, sei verpasst worden. Er sei vor Tatsachen gestellt worden. Seine Fraktion sei in Bezug auf die Anträge der Fiko geteilter Meinung.

Doris Greiner (SP) hält fest, dass ihre Fraktion den Fiko-Bericht schätze. Die nötige Transparenz bezüglich der Zahlen sei geschaffen worden. Es sei klar, dass die Stadt die CHF 600'000.00 zahlen müsse. Es gehe eigentlich um eine politische Entscheidung, nämlich darum, ob man die Bäder wolle oder nicht. Das Bad stelle ein Freizeitangebot für eine breite Bevölkerungsschicht dar. Es sei toll, was die Gitterli AG erreicht habe. Gut finde die Fraktion auch die Beschränkung der Beiträge auf drei Jahre. Das Bewusstsein in den umliegenden Gemeinden, was sie mit dem Sportbad Gitterli erhalten, müsse weiterhin geschärft werden. Vielleicht seien mit der Zeit mehr Gemeinden bereit, einen finanziellen Beitrag zu leisten. Die Grüne Fraktion habe damals mit einer Motion einen Leistungsauftrag zwischen der Gitterli AG und der Stadt verlangt. Die SP habe damals dagegen gestimmt. Aus heutiger Sicht halte sie aber einen solchen Auftrag für wichtig. Ihre Fraktion unterstütze die Anträge der Fiko.

Lukas Flüeler (GL/Fraumöttler) fügt an, auch seine Fraktion unterstütze beide Anträge. Auch sie halte es für gut, dass die Zusicherung der Beiträge zeitlich beschränkt sei. Vielleicht liessen sich andere Gemeinden doch noch davon überzeugen, sich finanziell zu beteiligen. Eine Möglichkeit der Kostenreduktion wäre auch, dass Besucher und Besucherinnen, die von auswärts kommen, etwas mehr Eintritt zahlen würden.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) teilt mit, seine Fraktion unterstütze die beiden Anträge ebenfalls. Man habe sich aber folgende Überlegung gemacht: Wenn die Bäder AG so erfolgreich sei, sollten gewisse Einsparungen möglich sein. Man habe ein Entgegenkommen der Bäder vermisst. Die Stadt neige dazu, Geld auszugeben, das sie nicht habe. Durch Abschreibung des Aktienkapitals werde der Betrag der Stadt mit der Zeit noch grösser. Die Stadt Liestal müsse für die Bäder 3,2 Steuerprozent oder CHF 58.00 pro Einwohner zahlen. Der Stadtpräsident solle mit Vertretern der umliegenden Gemeinden reden; die eine oder andere würde sich sicher noch mit einem finanziellen Beitrag einverstanden erklären.

Werner Spinnler (FDP) fragt, was die Bäder AG unternehme, damit der Kanton bereit sei, Hand bei den Eintritten für die Schüler und Schülerinnen der Sekundarstufe I zu bieten.

Ernst Burkhardt (SP) berichtet, dank seiner Enkeltochter sei er am Neuentdecken des Hallenbads. Er finde das Angebot fantastisch. Am Eingang seien die Gemeinden angeschrieben, die das Bad mitfinanzierten. Er schlage vor, den Namen des Bads zu ändern, beispielsweise in Regionales Sport- und Volksbad. Es sei kein Wunder, dass die FDP beim Thema Bäder gespalten sei; in dieser Partei gebe es eben Leute, die kein öffentliches Bad brauchten, weil sie im Garten ein Schwimmbad hätten. Das Gitterli sei eine soziale Einrichtung für Menschen, die zu Hause über nichts weiter als Dusche und Badewanne verfügten. Es handle sich um eine sehr bedeutsame Einrichtung, die auch wichtig für die Gesundheit sei.

Hans Brodbeck (FDP) äussert, er besitze kein Schwimmbad im Garten, er bade in einem Teich mit Fischen. Er wisse, dass das Bad für viele Leute von grosser Bedeutung sei. Bei den Verhandlungen mit den Aussengemeinden sei ihm nicht ganz klar, wer die Verhandlungen führe - die AG mit dem Verwaltungsrat oder der Stadtrat mit dem Stadtpräsidenten. Diese Frage sei zu klären. Das Aktienkapital müsse tatsächlich abgeschrieben werden. Irgendwann müssten die Investitionen erneuert werden, und damit gehe das Aktienkapital zugrunde. Das mache für die Stadt zusätzlich CHF 130'000.00 aus.

Stadtrat Lukas Ott sagt zur Frage von Werner Spinnler, der Kanton sei in der Tat nicht bereit, Bädereintritte für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I zu übernehmen. Dieses Problem sei im Zusammenhang mit dem neuen Bildungsgesetz aufgetaucht. Die ganze Sekundarstufe I sei an den Kanton übergegangen. Die Sache werde sicher noch zu reden geben. Es sei allerdings kein Thema für die Bäder AG, sondern eines zwischen der Stadt Liestal und dem Kanton. Es gehe darum, den Kanton davon zu überzeugen, dass er diese Beiträge übernehme. Bei den Verhandlungen mit den umliegenden Gemeinden liege die Federführung eigentlich bei der Bäder AG; die Stadt müsse die AG aber unterstützen. In den Beschlüssen im Jahr 2000 sei dies so festgelegt worden. Das Bewusstsein dafür, was Liestal für Leistungen erbringe, sei zu schärfen. Man müsse weiterhin mit Vehemenz mit den umliegenden Gemeinden in Kontakt treten. Bereits würden wieder Verhandlungen aufgegleist.

Orla Oeri-Devereux (SP) fügt bei, sie finde die Idee von Ernst Burkhardt, den Namen des Schwimmbads zu ändern, ausgezeichnet. Sie schlage vor, dass Lukas Ott diese Idee der Verwaltung vortrage.

Stadtrat Lukas Ott entgegnet, die Exponenten hätten dies wohl gehört und würden es sich gewiss überlegen.

- ://: 1. Der Antrag der Stadtrates wird grossmehrheitlich, bei drei Gegenstimmen, angenommen.
2. Der Zusatzantrag der Fiko wird grossmehrheitlich, bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung, angenommen.

298 P.2.9.1. Verkehrspolizei: Strassensignalisation, Verkehrsbeschränkungen, Wegweiser

2. Berichte des Stadtrates und der BPK betreffend Tempo-30-Zone im Langhagquartier (Nr. 03/161)

Bei den Legislaturzielen 2001 bis 2004 sind auch Tempo-30-Zonen in den Quartieren vorgesehen. Bis jetzt konnte mit den Arbeiten für Tempo-30-Zonen noch nicht begonnen werden, da die Umsetzung des Parkierungskonzeptes und die Begegnungszone im Stedtli prioritär bearbeitet wurden. Da der Abschluss dieser Arbeiten bis Mitte 2004 vorgesehen ist, möchte der Stadtrat mit der Planung von Tempo-30-Zonen beginnen.

Im Moment sieht der Stadtrat in folgenden Quartieren die Möglichkeit, Tempo-30-Zonen einzuführen: Langhag, Sichtern, Fraumatt, Burghalden, Heidenloch und Oskar Bider. Vor Planungsbeginn will der Stadtrat jedoch die Akzeptanz bei den Quartierbewohnern evaluieren. Da dem Stadtrat ein Schreiben mit über 100 Unterzeichneten aus dem Langhagquartier vorliegt, will er in diesem Quartier als Pilotprojekt eine erste Tempo-30-Zone in Liestal einführen.

Da die rechtlichen Voraussetzungen und die Massnahmen für Tempo-30-Zonen in den letzten Jahren vereinfacht wurden, ist heute die Realisierung einer grösseren Tempo-30-Zone für unter CHF 100'000.00 machbar. Vor wenigen Jahren hätte sich der Aufwand mit allen baulichen Massnahmen noch auf ca. CHF 500'000.00 belaufen.

Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Das Konzept für die Tempo-30-Zone im Langhagquartier wird beschlossen.
2. Dem Kredit für die Tempo-30-Zone im Langhagquartier von CHF 80'000.00 wird zugestimmt.

Die Finanzkommission hat das Geschäft bearbeitet und stellt folgende Anträge:

1. Das Konzept für die Tempo-30-Zone im Langhagquartier wird beschlossen (4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen).
2. Einem Planungskredit von CHF 15'000 für die Tempo-30-Zone im Langhagquartier wird zugestimmt (6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung).
3. Dem Einwohnerrat ist ein Projekt Tempo-30-Zone im Langhagquartier vorzulegen, die Kosten sind ins Budget 2005 aufzunehmen (7 Ja-Stimmen).
4. Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob auf der Gitterlistrasse, welche ausserhalb der Zone 30 km/h liegt, begleitende Massnahmen nötig und möglich sind, um die Sicherheit im Bereich der Schulen und des Altersheimes zu verbessern (4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen).

BPK-Präsident Hans Brodbeck (FDP) erläutert, der Einwohnerrat habe vor bald vier Monaten zwei Verkehrsvorlagen an die Bau- und Planungskommission überwiesen. Über die Begegnungszone habe er bereits entschieden. Das vorliegende Geschäft habe etwas mehr zu diskutieren gegeben. Der erste Antrag der BPK entspreche demjenigen des Stadtrates. Die BPK habe drei weitere Anträge formuliert. Dafür gebe es folgende Gründe: Die Finanzierung des Vorhabens sei nicht im Budget 2004 eingeplant. Der Stadtrat habe dies als nicht notwendig erachtet, da es sich um eine Investition handle. In einer Zeit knapp bemessener Mittel sei aber Ausgabendisziplin wichtig.

Bei der Diskussion um die Machbarkeit habe die BPK festgestellt, dass einiges neu überprüft werden müsse, beispielsweise die versetzten Parkplätze, die provisorisch markiert worden seien, oder die Aufhebung aller einmündenden Stopp-Strassen und die Konsequenzen für die Velofahrer. Zu bedenken sei auch die Tatsache, dass flankierende Massnahmen am Ende der Tempo-30-Zone bis jetzt nicht vorgesehen seien, etwa auf der Gitterlistrasse. Weil es Zeit und Geld brauche, diese Dinge genauer anzuschauen, empfehle die BPK, zuerst einen Planungskredit von CHF 15'000.00 zu beschliessen, als Teil des vom Stadtrat vorgeschlagenen Gesamtkredites von CHF 80'000.-. Dem Einwohnerrat solle ein neues Projekt vorgelegt werden, das zeige, wie die offenen Fragen geklärt werden könnten. Das Ziel sei, in Zukunft den Verkehr auch in anderen Quartieren zu verlangsamen. Im Übrigen suche er zwecks besserer Vermarktung des Anliegens nach einem besseren Namen anstelle von Tempo-30-Zone. Mit dem Wort Tempo würden Begriffe wie Geschwindigkeit und aggressiv assoziiert. Er sei froh um Anregungen.

Stadtrat Heiner Karrer äussert, ein Projektierungskredit sei ein Schritt in die richtige Richtung. Der Stadtrat begrüsse die Vorschläge der BPK und sei für deren Annahme. Tempo 30 auf der Gitterlistrasse einzuführen, sehe er allerdings als sehr schwierig an. Es bräuchte dort bauliche Massnahmen, was die Kosten in die Höhe treiben würde.

Ernst Burkhardt (SP) berichtet, vor allem in Deutschland kenne er Quartiere, wo Tempo 30 von Anfang an eingeführt worden sei. Ein neuer Name für eine solche Zone wäre für ihn Wohnquartier. Die Sache im Langhag scheine relativ teuer zu werden. Sie benötige eine sorgfältige Planung. Die detaillierte Begutachtung der Kommission hätte es seiner Meinung nach nicht gebraucht. Wahrscheinlich werde man das Ganze sehr pragmatisch angehen. Das Langhagquartier sei ein privilegiertes Quartier, das Projekt könnte Signalwirkung haben. Er beglückwünsche den Stadtrat, dass er nach der langen Leidensgeschichte von Tempo 30 den Mut habe, das Thema wieder anzupacken.

Marie Theres Beeler (GL/Fraumättler) teilt mit, ihre Fraktion sei glücklich über das Tempo-30-Projekt. Hoffentlich folgten noch weitere solche Vorhaben. Deshalb sei es gut, dass das Projekt im Langhag vertieft angeschaut werde. Ihre Fraktion wolle den vierten Antrag der Kommission verändern, indem der dritte Antrag mit folgendem Zusatz verlängert werde: *In das Projekt ist die Beruhigung des Verkehrs auf der Gitterlistrasse und der Bündtenstrasse einzubeziehen, um die Sicherheit im Bereich der Schulen und des Altersheims zu verbessern.*

Stadtrat Heiner Karrer bittet darum, nicht auf diesen Antrag einzutreten. Es sei wichtig, dass man die Anträge 3 und 4 der BPK auseinander halte. Es gebe Leute, die von Tempo 30 immer noch nicht viel hielten. Bei den vorliegenden Anträgen handle es sich um einen politischen Kompromiss. Die Gitterlistrasse in einen Tempo-30-Bereich umzuwandeln, könne teuer werden. Es sei gut, wenn man das Thema Gitterlistrasse anschau, aber man solle dort jetzt nichts erzwingen. Dies könnte sonst ein Grund werden, das Projekt im Herbst wieder fallen zu lassen.

Pascal Porchet (FDP) führt an, seine Fraktion sei grundsätzlich für Tempo 30 in Liestal und stimme der Vorlage zu. Er sei aber der Meinung, die Stadt solle endlich einmal ein Projekt für

Tempo 30 in ganz Liestal ausarbeiten. Er würde gerne wissen, was dies kosten würde. Zu einem solchen flächendeckenden Projekt gehöre eine Prioritätenliste. Er stelle fest, dass in den Quartieren, in denen die Verkehrssituation am heikelsten sei, am schnellsten gefahren werde, zum Beispiel in den Quartieren Frenkenbündten, Rotacker und Fraumatt. Das Langhagquartier sei das problemloseste Quartier. Er wünsche sich ein Gesamtkonzept für Tempo 30, aus dem man Strategien entwickeln könne. Ihm fehle der Leitfaden bei dem Thema.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) führt aus, Tempo 30 bringe mehr Sicherheit. Mit wenig Aufwand werde eine deutliche Verminderung der Unfälle erreicht. Ein Quartier könne wieder zu einer Begegnungszone werden. Vielleicht würden Quartierstrassen durch Tempo 30 sogar wieder billiger. Tempo 30 reduziere auf der anderen Seite nicht den Individualverkehr. Auch die Luft werde nicht viel besser. Man wünsche sich Sicherheit, Stressfreiheit, Verkehrsberuhigung, einfach umgesetzt durch Tempo 30. Seine Fraktion sei sich bewusst, dass eine Lösung gesucht werden müsse, es dürfe aber keine Luxuslösung sein. Die Fraktion habe sich mehrheitlich für eine Ablehnung der Anträge ausgesprochen.

Franz Kaufmann (SP) gibt zum Votum von Pascal Porchet zu bedenken, ein flächendeckendes Projekt wäre so teuer, dass dann wahrscheinlich gar nichts durchgesetzt werden könnte. Stefan Saladin wiederum meine, das Vorhaben sei zwar gut, aber zu teuer. Er wolle darauf aufmerksam machen, dass das Wünschbare vom Machbaren zu unterscheiden sei. Tempo 30 im Langhagquartier sei machbar. Die Situation der Finanzen dürfe nicht dazu verleiten, dass man gar nichts mehr mache. Das Langhag-Projekt könne als Beispiel dienen. Es geht jetzt darum, einen politischen Entscheid zu fällen und einen Anfangspunkt zu setzen. Er bitte um Zustimmung.

Peter Schäfer (FDP) sagt, er wolle nicht gegen Tempo 30 im Langhagquartier reden, aber er unterstütze das Votum von Pascal Porchet. Man solle dort Tempo 30 einführen, wo es für die Sicherheit wirklich etwas bringe. Er sei probenhalber mit 30 Stundenkilometern auf der Gitterlistrasse gefahren; das sei gefährlich geworden. Die Velos seien links und rechts an ihm vorbeigefahren. Auf dieser Strasse würde es auch mit den Kosten einschenken.

Marie-Theres Beeler (GL/Fraumättler) gibt bekannt, sie wolle den vierten Antrag der BPK durch ihren Antrag ersetzen lassen, anstatt den dritten mit ihrem Antrag zu koppeln.

Stadtrat Heiner Karrer unterstreicht, er finde einen verbindlichen Einbezug der Gitterlistrasse in die geplante Tempo-30-Zone nicht richtig. Man könne sich tatsächlich fragen, weshalb ein solches Projekt gerade im Langhag verwirklicht werde. Bewohner und Bewohnerinnen dieses Quartiers hätten eine Petition eingereicht, und der Stadtrat habe mit einer Vorlage reagiert. Es gebe in diesem Quartier zum Beispiel einen Schulweg, der auch Schleichweg sei. Deshalb sei es richtig, dort Tempo 30 einzuführen, auch wenn dies an anderen Orten noch vernünftiger wäre. Das Stadtbauamt sei im Übrigen dabei, Zonen zu bestimmen, in denen man Tempo 30 als realisierbar ansehe. Es handle sich um sechs Gebiete. Er schätze, dass die Umsetzung CHF 300'000.00 bis 400'000.00 kosten würde. Er hoffe, dass dies in den nächsten Finanzbericht aufgenommen werde. Die Probleme müsse man lösen, aber besser einzeln. Die einfachste und billigste Lösung sei, Tempo 30 von Anfang an in einem neuen Quartier einzuführen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) schlägt vor, den vierten Antrag von Marie-Theres Beeler zu Antrag Nummer 5 zu machen.

Adrian Mächler (FDP) wendet ein, er stelle einen Ordnungsantrag: Die beiden Anträge Nummer vier seien einander gegenüberzustellen.

- ://: 1. Das Konzept für die Tempo-30-Zone im Langhagquartier wird mit 25 gegen 7 Stimmen beschlossen.
2. Dem Planungskredit von CHF 15'000.00 wird grossmehrheitlich mit einigen Gegenstimmen zugestimmt.
3. Mit grosser Mehrheit wird beschlossen, dem Einwohnerrat ein Projekt vorzulegen und die Kosten ins Budget 2005 aufzunehmen.
4. Dem Antrag der BPK wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Der Gegenantrag der Fraktion GL/Fraumättler erhält 7 Ja-Stimmen.

299 L.2.4.5. Verwaltung: Baurechte

**3. Berichte des Stadtrates und der GEB betreffend Baurechts-
Neuregelung für die Sport- und Freizeitanlagen im Gitterli (Nr.
02/114)**

Die schwierige und unübersichtliche Situation der Baurechte, Unterbaurechte und Mieten/Pachten auf den verschiedenen Parzellen der Schwimm- und Sportanlagen Gitterli, die mit der Gründung der Sport- und Volksbad Gitterli AG und der Übertragung einzelner Baurechte auf die AG noch unklarer geworden war, soll von Grund auf verbessert werden.

Die Stadt (Einwohnergemeinde) und die Bürgergemeinde Liestal schliessen über das ganze Areal fünf einheitliche, flächendeckende und inhaltlich gleiche Baurechtsverträge ab. Sie sollen 80 Jahre dauern, eine einheitliche Verzinsung regeln und die Möglichkeiten der Unterbaurechte und Untermieten explizit erwähnen. Die Sport- und Volksbad Gitterli AG wird damit Unterbaurechtsnehmerin bei der Stadt.

Die neue, einheitliche Baurechts-Lösung für alle Parzellen im Gebiet Gitterli, die die Bürgergemeinde für die Sport- und Freizeitanlagen der Stadt zur Verfügung hält, soll auf den 01.01.2003 in Kraft treten und alle bisherigen Baurechts- und Pachtverträge ablösen.

Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Der Einwohnerrat stimmt einer neuen, einheitlichen Baurechts-Regelung für die Sport- und Freizeitanlagen im Gitterli zu. Die Regelung umfasst das Sportstadion samt Ballonhalle, die Allmendwiese samt Fussballplatz, Finnenbahn und Militärparkplätzen, die Parkplätze an der Kasinostrasse, die Anlagen des Frei- und des Hallenbades sowie den Allwetterplatz mit Skating-Bahn (heutige Stammparzellen 1783, 1790, 3827 und 4300; total 81'346 m²).
2. Alle Flächen werden zu fünf Parzellen zusammengefasst, die je ein inhaltlich gleiches Baurecht erhalten.
3. Die Baurechtsverträge werden zwischen der Bürgergemeinde als Baurechtsgeberin und der Stadt als Baurechtsnehmerin abgeschlossen. Sie sind übertragbar. Es besteht ein gegenseitiges, dauerndes Vorkaufsrecht. Die Verträge werden für 80 Jahre (01.01.2003 bis 31.12.2082) abgeschlossen.

Die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente GEB hat das Geschäft beraten und stellt folgende Anträge:

Antrag 1 Anträge Stadtrat gemäss Vorlage Nr. 02/114

Die Kommission ist ohne Gegenstimmen bei drei Enthaltungen der Auffassung, dass den städträtlichen Anträgen gemäss Vorlage Nr. 02/114 zugestimmt werden sollte. Die Anträge korrigieren eine Situation, die als nicht korrekt, nicht zeitgemäss und mittelfristig als konfliktbeladen bezeichnet werden muss. Der Antrag führt zu einem Nettomehraufwand von rund CHF 60'000.— pro Jahr, der jedoch zumindest teilweise mit einer Optimierung der Bewirtschaftung aufgefangen werden kann. Diese Mehrkosten, wenn sie auch teilweise aufgefangen werden können, nimmt die Kommission nicht auf die leichte Schulter, was z.B. aus dem vorerwähnten Abstimmungsergebnis klar hervorgeht. Die Kommission ist aber der Meinung, dass das Angebot eines Sport-, Gesundheits-, Freizeits- und Naherholungsgebiets grundsätzlich eine wichtige Aufgabe einer Kommune wie der Stadt Liestal ist und eine gewisse finanzielle Priorität rechtfertigt.

Die Kommission beantragt deshalb dem Einwohnerrat, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen. Dies vorbehaltlich der Zustimmung zu den nachfolgenden Anträgen 2 - 4.

Antrag 2 Zusatzanträge der Bürgergemeindeversammlung vom 02.12.2002

Die Kommission beantragt dem Einwohnerrat, den von der Bürgergemeindeversammlung vom 02.12.2002 beschlossenen Zusatzanträgen bzw. Änderungen:

- *In den neuen Baurechtsverträgen ist die im Gesetz (Art. 779d Abs. 1 ZGB) vorgesehene Heimfallsregelung zu berücksichtigen und zu integrieren.*
- *Die Einwohnergemeinde verpflichtet sich, die Baurechte nicht auf Dritte zu übertragen oder diesfalls der Bürgergemeinde die Garantie für die Einbringlichkeit der Baurechtszinsen zu leisten.*
- *Bei Änderungen der nutzungswertrelevanten Verhältnisse des Baurechtsareals, insbesondere der zonenrechtlichen Situation, kann mit einer Anpassungsfrist von 6 Monaten eine Angleichung des Baurechtsbasispreises verlangt werden.*

ebenfalls im Grundsatz zuzustimmen.

Antrag 3 Baurechtsverträge: Vertragsbedingungen / Genehmigung

Der Stadtrat wird vom Einwohnerrat damit beauftragt, dass die 5 neuen Baurechtsverträge, basierend auf den in der ER-Vorlage Nr. 02/114 aufgeführten (Vertrags-)Bedingungen und Änderungen gemäss Antrag 2, ausgefertigt und in der definitiven Fassung noch dem Einwohnerrat als auch der Bürgergemeindeversammlung zur abschliessenden Genehmigung unterbreitet werden.

Antrag 4 Auffangen von Mehrkosten, Bewirtschaftungskonzept

Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat damit, die mit der Baurechtsneuregelung entstehenden Mehrkosten innerhalb von fünf Jahren zu 60 Prozent aufzufangen. Dies mit einer optimierten Bewirtschaftung der Baurechtsflächen gemäss bereits ausgearbeitetem Bewirtschaftungskonzept (Stadtratsprotokoll vom 02. 09. 2003), Anpassung von Unterbaurechts/Nutzungsverträgen etc.

GEB-Präsident Ulrich Martin (SP) schickt voraus, die GEB beantrage, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen, vorausgesetzt, der Einwohnerrat sei mit den drei Ergänzungen der GEB einverstanden. Die Kommission sei von diversen Stellen der Verwaltung unterstützt worden. Er danke allen, die Zusatzleistungen erbrachten hätten. Die GEB habe festgestellt, dass eine unübersichtliche und teilweise recht bedenkliche Situation herrsche. Sie habe aber davon abgesehen, jemandem Verantwortung dafür zuzuweisen, sondern habe sich auf den Auftrag des Einwohnerrates konzentriert. Eine Bereinigung der Sachlage sei dringend. Die Zusammenarbeit der Einwohner- und Bürgergemeinde sei auf eine faire und offene Basis zu stellen; dies sei für die weitere Entwicklung von Liestal wichtig. Das Gitterliareal sei für Liestal ein wichtiges Naherholungsgebiet. Die Lösung des Problems dürfte auch für die Bahn 2000 von einiger Bedeutung sein. Die Mehrbelastung von rund CHF 60'000.00 sei im Wesentlichen aus Korrekturen entstanden. Gut die Hälfte dieses Mehraufwandes sollte regeneriert werden können.

Stadtrat Heiner Karrer teilt mit, dass der Stadtrat alle Zusatzanträge der GEB akzeptiere.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Marie-Theres Beeler (GL/Fraumättler) sagt, die GEB habe viel Arbeit geleistet. Dies sei die erste von weiteren zu erwartenden Vorlagen, mit denen man versuche, die schwierigen finanziellen Geschäfte zwischen Einwohner- und Bürgergemeinde in den Griff zu bekommen. Der Stadtrat habe gute Arbeit geleistet, alle Vorschläge seien vernünftig. Die GEB habe aus der Tatsache der Trennung von Einwohner- und Bürgergemeinde das Beste gemacht. Ihre Fraktion sei allerdings nach wie vor der Meinung, es sei ein schwerer Fehlentscheid gewesen, die Gelegenheit nicht beim Schopf zu packen und vor einem Jahr die Einwohner- und die Bürgergemeinde vereinigen. Die Doppelstruktur, die vertieft worden sei, sei eine kosten-treibende Sache. Im letzten Amtsblatt habe man lesen können, was noch alles an Kosten zu erwarten sei. In ihrer Fraktion werde man sich entweder der Stimme enthalten oder die Anträge ablehnen.

Pascal Porchet (FDP) hält fest, die GEB habe keine einfache Aufgabe gehabt. An erster Stelle stehe die Stadt Liestal, die von der Verwaltung her nun entzweit werde. Es liege ihm sehr am Herzen, dass das oberste Ziel des künftigen Bürger- und des Stadtrats die Stadt Liestal sei. Es dürfe nicht sein, dass man Ende Jahr schaue, welche Kasse mehr und welche weniger enthalte. Die CHF 60'000.00 Mehrausgaben für die Stadtgemeinde verstehe er als Ausgabe für eine gesunde Basis der Stadt. Er stimme dem Geschäft zu. Etwas habe er aber noch mit spitzem Mund hinzuzufügen. Auch ihm sei im letzten Amtsblatt das Thema Kosten aufgefallen. Es sei von neuen Räumlichkeiten für die Verwaltung die Rede, von einem Sitzungszimmer für den Bürgerrat, einem Archiv und einer EDV-Anlage. Der dafür bewilligte Kredit betrage CHF 150'000.-. Auch von einem jährlich wiederkehrenden Mehraufwand von CHF 30'000.00 bis CHF 40'000.00 bei den Betriebskosten habe man lesen können. Weiter heisse es in dem Artikel, die öffentliche Nutzung des Waldes werde in Zukunft wohl nicht mehr kostenlos sein. Er frage sich, ob er in Zukunft Eintritt für den Wald zu zahlen habe, damit die Kasse stimme. Er betone nochmals, dass es keine Spaltung zwischen Bürger- und Einwohnergemeinde geben dürfe.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) sagt, seine Fraktion sei der Meinung, die unbefriedigende Vertragssituation müsse dringend klar geregelt werden. Die Zustimmung zu den Anträgen ermögliche der Einwohnergemeinde die vollumfängliche Nutzung des Areals. Sie habe auch die Möglichkeit, die zusätzlich entstehenden Kosten durch eine bessere Bewirtschaftung um mehr als 50 Prozent zu reduzieren. Die Mehrheit der Fraktion stimme den Anträgen zu.

Ernst Bürgin (SP) gibt bekannt, seine Fraktion unterstütze vollumfänglich die Anträge der Kommission. Sie korrigierten eine unbefriedigende Situation. Die Mehrkosten von CHF 60'000.00 seien akzeptabel. Auch in Zukunft werde es zwischen Einwohner- und Bürgergemeinde komplexe Schnittstellen-Fragen geben. Seine Fraktion wünsche sich auch, dass zwischen den beiden Gremien eine gute Zusammenarbeit entstehe.

Peter Schäfer (FDP) führt an, die Baurechts-Situation sei nicht erst seit der neuen Bäder AG so verworren. Mit der Annahme des Geschäfts könne man einen Teil bereinigen. Allerdings seien noch nicht alle Punkte zwischen der Einwohner- und der Bürgergemeinde geklärt. Die Mehrkosten von vorerst CHF 60'000.00 pro Jahr seien eine bittere Pille. Vielleicht würden sich diese Kosten durch eine gute Bewirtschaftung verringern. In der FDP-Fraktion werde man sich mehrheitlich der Stimme enthalten, nur wenige würden zustimmen.

Hans Brodbeck (FDP) äussert, das ganze Problem Einwohner- und Bürgergemeinde dürfe man nicht am Fall der Baurechtszinsen messen. Die Einwohner- und die Bürgergemeinde hätten wichtige gemeinsame Interessen. Die Aufgabe der Bürgergemeinde sei, sich zum Wohl

der Stadt Liestal einzusetzen, zum Beispiel bei der Waldbewirtschaftung, die die Stadt Liestal bis jetzt nichts gekostet habe. Jedes Jahr lege man dort Hunderttausende von Franken drauf, weil der Wald keinen Ertrag mehr bringe, sondern nur noch Arbeit verursache. Diese Arbeit hätte aber auch gemacht werden müssen, wenn man die Bürgermeinde damals aufgelöst hätte. Das heisse, diese Kosten würden stets im Raum bleiben.

Franz Kaufmann (SP) fügt bei, er erinnere sich an folgende Aussage: Bei der Bürgergemeinde handle es sich um eine Sache, die vor allem aus dem Bauch heraus komme. Dies sei eine fatale Einstellung. Die Diskussion müsse auf einer sachlicher Ebene laufen: Es gehe um Leistung einerseits und Kosten andererseits. Die beiden Vertreter seiner Fraktion in dieser Kommission hätten den Fraktionsmitgliedern dargelegt, dass die Lösung der Versachlichung diene. Deshalb sei die Fraktion für die Annahme der Anträge.

Adrian Mächler (FDP) gibt zu bedenken, dass man mit 4 Prozent Zins jetzt nicht marktkonform seien. In fünf Jahren habe man dann ein Problem. Der Start sei falsch.

Stadtrat Heiner Karrer stellt fest, es handle sich um eine schwierige Aufgabe. In dieser Kommission habe man einen symbolischen Konflikt behandelt, aber auch speziell das Gitterli. Die Beziehung zwischen Bürger- und Einwohnergemeinde komme ihm wie eine Art Religionskrieg vor. Wichtig sei, dass man diesen Konflikt nicht jahrelang mitschleppe. Die konkrete Arbeit der beiden Gemeinden erscheine ihm gar nicht so kompliziert. Der Unterhalt des Waldes sei teuer; spätestens seit dem Sturm Lothar wisse man dies. Er müsse irgendwie finanziert werden. Die Einwohnergemeinde versuche, der Bürgergemeinde Einnahmequellen zu verschaffen. Die vielbesungenen Schnittstellenprobleme sehe er eigentlich nicht, vorausgesetzt, dass die wichtigen Fragen geklärt seien. Mit dem Zinsproblem habe Adrian Mächler recht, aber es sei um die Besitzstandgarantie gegangen. Er wäre froh, wenn die Vorlage verabschiedet werden könnte. Dies würde die ganze Gitterli-Frage klären und der Einwohnergemeinde Handlungsspielraum geben.

Stadträtin Marliese Zimmermann erläutert, die Vorlage Baurechts-Neuregelung wäre sowieso gekommen, unabhängig von der Verselbständigung der Bürgergemeinde. Sie wolle daran erinnern, dass Bürger- und Einwohnergemeinde jetzt schon getrennt seien, nur der Kopf sei zusammen. Die einseitige Baurechtsübertragung, mit der die Bürgergemeinde nicht mehr einverstanden gewesen sei, sei das auslösende Moment gewesen, dass die Vorlage so schnell gekommen sei. Zum Votum von Pascal Porchet wolle sie sagen, die Kosten dieser Räumlichkeiten würden tatsächlich hoch erscheinen. Die Forstverwaltung hätte aber sowieso neue Räume gebraucht. Es gebe tatsächlich jährlich wiederkehrende Kosten für die Bürgergemeinde. Die Reduktion auf fünf Stadträte wäre aber ohne die Verselbständigung der Bürgergemeinde nicht möglich gewesen. Dank dieser Reduktion ergebe sich ein Plus von rund CHF 50'000.00 für die Einwohnergemeinde. Für Liestal sei es unter dem Strich besser so.

Der Wald sei in letzter Zeit ein Thema geworden. Die Uni Basel habe herausgefunden, dass für den Erholungseffekt 150 bis 250 Franken pro Hektare Wald zu bezahlen seien. Liestal besitze 1000 Hektaren Wald. In anderen Gemeinden würden die Einwohnergemeinden den Bürgergemeinden happige Beträge für Wald bezahlen. Bei einer Fusion von Bürger- und Einwohnergemeinde wäre das Defizit in der Rechnung von Liestal.

In Sachen Finanzen stünden bei der Bürgergemeinde die Deponieeinnahmen zuoberst. Auch die Inertstoffdeponie Höli sei von Bedeutung. Man werde sie zwischen 2008 und 2010 in Betrieb nehmen. Die Bürgergemeinde wolle die Deponie selber betreiben, damit die Erträge in der Stadt Liestal blieben. Man habe ausserdem vor, eine aktivere Landpolitik zu betreiben. Es existierten viele ungenutzte Parzellen. Zur Sichern sei zu sagen, dass die Bürgergemeinde im Sinn habe, diese umzunutzen und dort mehr Geld zu generieren. Die Sichern müsse aber grün bleiben, sie dürfe nicht verbaut werden. Es sei höchste Zeit, dass es zwei Exekutiven gebe. Man werde einander als gleichwertige Partner begegnen. Die Neuregelung des Baurechts Gitterli werde die Stadt Liestal und die Bäder AG noch mehr zusammenschweissen.

Hanspeter Mohler (FDP) meint, die Emotionen, die geweckt worden seien, würden zeigen, in welchem Spannungsfeld sich Marliese Zimmermann als Stadträtin aufgehoben habe. Dies zeige, wie nötig die Trennung sei. Er halte es für eine Riesenchance, dass man nun zwei Körperschaften habe, die in gesunder Konkurrenz zueinander stünden. Er sei für die Vorlage.

Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) fügt hinzu, er wolle etwas Emotionales anbringen. Er befürchte auch, er werde demnächst spazieren gehen und Eintritt für den Wald bezahlen müssen. Irgendwann fühle er sich wahrscheinlich als Einwohner und Steuerzahler als jemand, der das Nachsehen habe. Deshalb sage er zu dem Geschäft Nein.

Abstimmung zu den Anträgen 2, 3 und 4 der GEB:

://: Antrag Nr. 2 angenommen mit 24 Ja, bei 1 Gegenstimme und 10 Enthaltungen.
Antrag Nr. 3 angenommen mit 23 Ja, bei 1 Gegenstimme und 11 Enthaltungen.
Antrag Nr. 4 angenommen mit 25 Ja, bei 1 Gegenstimme und 9 Enthaltungen.

Abstimmung zu den Anträgen des Stadtrates:

://: Antrag Nr. 1 angenommen mit 23 Ja, bei 1 Gegenstimme und 11 Enthaltungen.
Antrag Nr. 2 angenommen mit 23 Ja, bei 1 Gegenstimme und 11 Enthaltungen.
Antrag Nr. 3 angenommen mit 22 Ja, bei 1 Gegenstimme und 12 Enthaltungen.
Antrag Nr. 4 angenommen mit 22 Ja, bei 1 Gegenstimme und 12 Enthaltungen.
Antrag Nr. 5 angenommen mit 22 Ja, bei 1 Gegenstimme und 12 Enthaltungen.

300 E.2.8.2. Schulen, Fächer, Lehrstellen, Schulbetrieb: Schulbetrieb, Ferien, Stundenpläne

4. Berichte des Stadtrates und der Fiko betreffend Motion Nr. 03/130 von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Einführung von Blockzeiten (Nr. 03/130)

Die Motion 03/130 von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion vom 25. März 2003 verlangt die Einführung von Blockzeiten auf das Schuljahr 2004/05, d.h. ein Jahr früher als das kantonale Bildungsgesetz es vorschreibt und nachdem die Blockzeiten-Einführung vom Einwohnerrat zu einem früheren Zeitpunkt aus finanziellen Gründen vorerst zurückgestellt wurde.

Die Einführung der Blockzeiten verursacht jährliche Kosten von CHF 549'000.-- (Primarschule CHF 276'000.--, Kindergarten CHF 273'000.--), die für Zusatzstunden benötigt werden. Die Ausgestaltung der Blockzeiten folgt der vom Kanton im Stufenlehrplan verpflichtend vorgeschriebenen Lektionenzahl und der gemäss Bildungsgesetz bei umfassenden Blockzeiten geltenden Unterrichtszeiten.

Mit der jetzt unterbreiteten Vorlage wird dem Einwohnerrat die gesamte Ausgabe für das Schuljahr 2004/2005 zum Beschluss unterbreitet (Tranche 2004: August – Dezember, Tranche 2005: Januar - Juli).

Die für das Jahr 2004 benötigte Tranche des Kredits ist ins Budget 2004 aufgenommen worden. Die Kostenneutralität, wie sie die Motion verlangt, ist gewährt, da das Budget 2004 insgesamt mit einem kleinen Überschuss operiert und trotz der teilweise einschneidenden Sparmassnahmen eine Prioritätensetzung zu Gunsten der umfassenden Blockzeiten erfolgt ist.

Ab dem Schuljahr 2005/2006 ist der Ausgabenposten im Sinne des kantonalen Bildungsgesetzes als gebundene Ausgabe zu betrachten.

Das kommunale Bildungsreglement, das von einer stadträtlichen Arbeitsgruppe erarbeitet worden ist und welches das Büro des Einwohnerrates der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente GoR zur Beratung überwiesen hat, wird die den umfassenden Blockzeiten entsprechenden Unterrichtszeiten verankern. Um die Umsetzungsarbeiten auf das Schuljahr 2004/2005 rechtzeitig in Angriff nehmen zu können, wird dem Einwohnerrat der Kredit bereits zum jetzigen Zeitpunkt beantragt.

Der erforderliche Raumbedarf in den bestehenden Schulhäusern kann vorerst durch geringfügige bauliche Anpassungen und geeignete Schulraumdispositionen abgedeckt werden und kann über das ordentliche Budget oder das Unterhaltsbudget der einzelnen Schulhäuser finanziert werden.

Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Der Einwohnerrat stimmt der Einführung umfassender Blockzeiten am Kindergarten und an der Primarschule Liestal auf das Schuljahr 2004/2005 zu und genehmigt den dafür benötigten Kredit von CHF 549'000.--.
2. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass die Ausgaben für die umfassenden Blockzeiten ab Schuljahr 2005/2006 im Sinne des kantonalen Bildungsgesetzes (§ 12) gebunden sind.

Die Finanzkommission hat das Geschäft vorbereitet und stellt folgende Anträge:

1. Der Antrag 1 des Stadtrates wird unterstützt (Zustimmung 6; Enthaltung 1).
2. Der Antrag 2 des Stadtrates wird unterstützt (Zustimmung 6; Enthaltung 1).
3. Antrag Fiko / Blockzeiten Kindergarten (Zustimmung 6; Enthaltung 1): Der Schulleitung wird empfohlen, die Zeiten für alle Kindergartenklassen einheitlich festzulegen, und zwar die Einlaufzeit von 08:00 – 08:30h und die Unterrichtszeit von 08:30 – 11:50h.
4. Antrag Fiko (Zustimmung 6; Enthaltung 1): Die Motion 03/130 wird abgeschrieben.

Fiko-Präsident Peter Rohrbach (parteilos) erläutert, die Kommission habe sich vor allem auf den Kindergarten fokussiert. Einige Missverständnisse hätten geklärt werden können. Der Kindergarten sei ein wichtiger Start in die Schule. Man lerne dort, sich zu sozialisieren, sich zu konzentrieren etc. Der Kindergarten sei nicht einfach ein teurer Hütedienst. Die Kommission unterstütze die Anträge des Stadtrates. Sie wolle die Einlaufzeit aber etwas verkürzen, damit die Lehrperson nicht eine Stunde lang Empfangsdame oder -herr spielen müsse. Die wesentlichen Punkte habe die Kommission herausarbeiten können.

Stadtrat Lukas Ott sagt, seit drei Jahren habe man das Thema Blockzeiten diskutiert. Es sei ein Meilenstein, wenn das Geschäft heute verabschiedet werde. Anfangs habe es sich noch mehr um eine gesellschaftspolitische Diskussion gehandelt. Heute sei unbestritten, dass es regelmässige Schul- und damit auch Betreuungszeiten brauche. Die Diskussion laufe nun stärker auf einer pädagogischen Ebene ab. Die Fiko habe diese Diskussion geführt, er begrüsse dies. Das neue Bildungsgesetz habe eine einheitliche Volksschulstufe geschaffen. Kindergarten und Primarschule seien einander gleichgestellt. Es sei wichtig, den Kindergarten als erste Volksschulstufe anzuerkennen. Wichtig seien auch die Blockzeiten für den Kindergarten. Pädagogisch seien Blockzeiten im Kindergarten genauso gerechtfertigt wie in der Volksschule, deswegen die Diskussion über die Einlaufzeiten. Es solle nicht ein Kommen und Gehen sein. Man habe mit den Blockzeiten die Erfahrung gemacht, dass die Kinder sich rasch daran gewöhnten und mit der Beanspruchung umgehen könnten. Zum Thema Kostenneutralität sei der Stadtrat der Meinung, dass diesem Punkt Rechnung getragen werde. Die Stadt müsse Einsparungen machen, um die Blockzeiten einführen zu können. Er fordere den Einwohnerrat auf, beherzt die Blockzeiten in der ganzen Volksschule einzuführen.

Bernhard Fröhlich (FDP) führt an, die gesellschaftspolitische Notwendigkeit der Blockzeiten scheine ihm in weiten Kreisen unbestritten zu sein. Es müsse woanders gespart werden, damit die Stadt sich die Blockzeiten leisten könne. Der Stadtrat habe allerdings eine eigene Interpretation der Kostenneutralität. Sparen heisse, auf etwas zu verzichten. Mit dieser Haushaltsregel scheine sich die Exkutive schwer zu tun. Weniger ausgeben heisse noch nicht sparen. Lukas Ott habe seinerzeit eine Ausdeutung des Begriffs Kostenneutralität gewünscht. Daniel Schwörer habe am 21.5.2003 festgehalten, in Zeiten knapper Mittel müsse man Prioritäten festlegen. Der Leistungsabbau dürfe aber nicht bei der Bildung geschehen. Ein Leistungsabbau sei nicht erfolgt. Dies sei Grund genug, die Vorlage nicht anzunehmen. Man solle aber nicht die Falschen strafen. Deshalb sei er für ein Ja zur Vorlage. Es müsse aber endlich begriffen werden, was Sparen heisse.

Das Eintreten unbestritten auf die Vorlage ist unbestritten.

Elsbeth Meier (SP) betont, in der SP-Fraktion sei man über die Vorlage der Fiko froh und auch erleichtert. 2001 habe sie ein entsprechendes Postulat eingereicht, zwecks baldiger Einführung der Blockzeiten. Die Blockzeiten seien seit vielen Jahren ein Anliegen der SP. Man habe sich dafür den Mund wund geredet. Die theoretische Zustimmung der Bürgerlichen, die es schon früher gegeben habe, sei nun auch praktisch vorhanden. Sie lege dem Einwohnerrat ans Herz, dem Bericht der Fiko ohne grosse Abänderungen zuzustimmen.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) teilt mit, seine Fraktion habe sich mit dem Geschäft unter der Voraussetzung der vorhergehenden Vorstössen befasst – der Motion von Elsbeth Meier und der Motion von Bernhard Fröhlich. Diese Motionen würden nicht zum Thema Primarschule und Kindergarten aussagen. Kinder im Alter zwischen 5 und 7 Jahren seien mit vier Stunden Unterricht pro Morgen oft überfordert. Nach diesen Überlegungen sei die Mehrheit der Fraktion zur Meinung gekommen, den 1. Antrag sei in zwei Teile zu unterteilen: Bei der Primarschule wolle man dem Antrag folgen, beim Kindergarten wolle man sich dies aber nochmals überlegen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) verliest den Antrag seiner Fraktion:

- 1.a) *Der Einwohnerrat stimmt der Einführung umfassender Blockzeiten an der Primarschule Liestal auf das Schuljahr 2004/2005 zu und genehmigt den dafür benötigten Kredit von CHF 276'000.00.*
- 1.b) *Der Einwohnerrat legt gemäss kantonalem Bildungsgesetz §12, Absatz 3, für den Kindergarten von umfassenden Blockzeiten abweichende Unterrichtszeiten fest und regelt die Einzelheiten im städtischen Bildungsreglement.*

Stadtrat Heiner Karrer hebt hervor, der Stadtrat habe einen Finanzbericht abgeliefert. Bei den Sparzielen sei er immer davon ausgegangen, die durch die Blockzeiten verursachten Mehrkosten müssten aufgefangen werden. Die Exekutive habe die Aufgabe theoretisch gelöst, sie müsse nur noch umgesetzt werden.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) fügt an, er wolle sich dem Thema auf der emotionalen Ebene widmen. Mehr Zeit in der Schule heisse nicht unbedingt mehr lernen. Unterschiedlich Unterrichtszeiten könnten auch von Vorteil sein. Er sei sich nicht sicher, ob Blockzeiten tatsächlich so kindgerecht seien. Es gebe auch Lehrer, die dagegen seien. Ausserdem brauche man mehr Schulraum. Er spreche sich gegen die Blockzeiten aus.

Andreas Zbinden (FDP) betont, der Antrag 3 liege ihm am Herzen. Blockzeiten seien auch im Kindergarten wichtig. Sie hätten einen pädagogischen Hintergrund und machten Sinn.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) meint, es wäre schön, wenn man zu allem Ja sagen könnte. Es störe sie an der stadrätlichen Vorlage; dass sie nichts über den Spielraum bei den Blockzeiten aussage, den die Gemeinden nutzen könnten. Man habe nicht nur sozialpädagogische Verantwortung, sondern auch die Verantwortung, mit finanziellen Mitteln umgehen zu können. Keine Blockzeiten am Kindergarten würde eine Ersparnis bedeuten. Sie bitte darum, den Anträgen ihrer Fraktion zuzustimmen.

Astrid Basler (GL/Fraumättler) führt aus, ihre Fraktion unterstütze den Antrag auf umfassende Blockzeiten. Eine Umfrage habe gezeigt, dass 70 Prozent der Eltern Ja zu den Blockzeiten sagen würden. Es sei schade, dass man die Blockzeiten nicht schon auf dieses Schuljahr hin einführen könne. Den Kindergarten und die Primarschule zusammenzuführen, mache Sinn. Dies stelle die Grundlage für eine fruchtbare Schulkarriere dar. Bei der Schule zu sparen, sei am falschen Ort gespart.

Orla Oeri-Devereux (SP) äussert, als langjähriges Mitglied der Kindergarten-Kommission sei sie sprachlos, nachdem sie gewisse Dinge gehört habe. Schon seit mehreren Jahren gebe es einen dreistündigen Unterrichtsblock und eine Einlaufzeit von 8.30 bis 9.00 Uhr. Kinder seien flexibel. Das Wort abliefern sei im Zusammenhang mit den Kindern gefallen; dies habe sie gestört. Der Einwohnerrat dürfe nicht vergessen, dass er für die Einwohner zu politisieren habe. Die Lehrpersonen würden jetzt übrigens allgemein für die Unterstufe ausgebildet. Auch der Kindergarten-Unterricht werde von den Lehrpersonen sorgfältig vorbereitet.

Marie-Theres Beeler (GL/Fraumättler) fügt bei, der Kindergarten schade dem Kind nicht, sondern fördere es.

Hans Brodbeck (FDP) sagt, der Kindergartenunterricht dauere heute jeden Morgen 3 Stunden, nach Einführung der Blockzeiten 3 Stunden und 50 Minuten. Das koste Geld. Deshalb unterstütze er die Verkürzung der Einlaufzeit auf die Zeit von 08.00 bis 08.30 Uhr. Die Kinder würden dies schaffen. Man müsse den Wünschen der Eltern nicht zu weit entgegenkommen. Grundsätzlich sei zu sagen, dass Kinder sehr aufnahmefähig seien, aber es müsse ihnen ein interessanter Unterricht geboten werden. Er sei für die umfassenden Blockzeiten.

Stadtrat Lukas Ott führt aus, der Stadtrat begrüsse den Antrag der Fiko, die Einlaufzeit zu verkürzen. Letztlich sei die Schulleitung für die Gestaltung der Blockzeit zuständig. Sicher könne man in Einzelfällen bewilligen. Auf jeden Fall sei es nicht freiwillig, wann man komme und gehe.

://: 1. Der Antrag des Stadtrates wird mit 24 Ja-Stimmen angenommen, bei 3 Gegenstimmen und vier Enthaltungen.

Der Gegenantrag der SVP erhält 10 Ja-Stimmen.

2. Der Antrag des Stadtrates wird grossmehrheitlich angenommen, bei 1 Gegenstimme und mehreren Enthaltungen.

3. Der Antrag der Fiko wird grossmehrheitlich angenommen, bei 4 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

4. Der Antrag der Fiko wird mit 25 zu 7 angenommen.

301 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

5. Berichte des Stadtrates und der GoR betreffend Änderung des Reglements über die Entschädigungen der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen (Nr. 02/97)

Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 21. August 2002 mit grossem Mehr die Motion vom 24. Juni 2002 von Pascal Porchet und Andreas Zbinden namens der FDP-Fraktion betreffend zukünftige Organisation und finanzielle Abgeltung der Stadträte als Postulat überwiesen.

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat im wesentlichen die Beibehaltung des geltenden Abgeltungsregimes gemäss Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen vom 19.12.2001 (ESL 142.1 der Erlass-Sammlung der Stadt Lieetal). Gleichzeitig schlägt er eine Erhöhung des vorgesehenen Erwerbssersatzes sowie die Einführung eines fixen persönlichen Spesenersatzes vor.

Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Das Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen vom 19.12.2001 (ESL 142.1) wird gemäss den unter Punkt 3 „Massnahmen“ vorgeschlagenen und beantragten Änderungen revidiert.
2. Das Postulat 02/97 wird als erfüllt abgeschrieben.

Die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente GoR hat die Vorlage beraten und stellt einstimmig folgende Anträge:

1. Die Änderung des Reglements vom 19. Dezember 2001 über die Entschädigungen, Kommissionen und Nebenfunktionen ist in der angehängten Kommissionsfassung zu beschliessen.
2. Das Postulat 02/97 ist abzuschreiben.

GoR-Präsident Daniel Schwörer (FDP) legt dar, dass es im Wesentlichen um vier Themen gehe. Thema 1 seien die Mandatsentschädigungen der Stadträte. Ab 1. Juli gebe es nur noch fünf statt sieben Stadträte. An den Entschädigungen werde nichts geändert. Da zwei Mitglieder nichts mehr beziehen würden, ergebe sich eine Aufwandsreduktion von rund CHF 71'000.00. Die GoR begrüsse die Beibehaltung der Mandatsentschädigungen und empfehle Zustimmung. Thema Nummer 2 sei der Erwerbssersatz. Diese Zusatzentschädigung gebe es, weil die Arbeitszeit der Stadratsmitglieder meistens über die festgelegten Belastungen hinausgehe. Der Stadtrat habe in Änderung des bestehenden Rechts vorgeschlagen, die bisherigen CHF 920.00 monatlich auf CHF 1200.00 hinaufzusetzen. Dies halte die GoR für zu hoch; sie empfehle CHF 1000.00. Zusätzlich habe der Stadtrat in seinem Vorschlag eine absolute Einkommensgrenze festgelegt. Dies halte die GoR für kontraproduktiv, denn eine absolute Grenze fördere weder die tiefen Einkommen noch belaste sie die hohen, sie gleiche nur die mittleren Einkommen mehr oder weniger aus. Durch die Einführung einer relativen, prozentualen Grenze würden auch Personen mit kleinen Einkommen gefördert. Der Stadtrat habe die Entscheidungsbefugnis über diesbezügliche Gesuche beim Büro des Einwohnerrates belassen wollen; die GoR sei aber der Meinung, dies sei eine exekutive Aufgabe. Die GoR habe auch eine Ausstandspflicht für dasjenige Mitglied festgeschrieben, welches das Gesuch stelle. Das dritte Element sei der Betreuungsauslagenersatz für diejenigen Stadratsmitglieder, die nicht berufstätig seien, aber zu Hause Betreuungsaufgaben zu erfüllen hätten. Die GoR beantrage eine Änderung, und zwar solle der Betreuungsauslagenersatz gleich geregelt werden wie der Erwerbssersatz. Dies bedeute einen Ersatz von maximal CHF 12'000.00 pro Jahr. Auch hier solle nicht das Büro des Einwohnerrates den Entscheid treffen, sondern der Stadtrat. Das vierte Sachthema sei der Spesenersatz für die Stadratsmitglieder. Der Stadtrat schlage eine pauschale Abgeltung von CHF 500.00 im Monat vor. Die GoR be

grüsse diesen Vorschlag. Er bedeute eine Vereinfachung. Die GoR empfehle, die Änderung des Reglements in der Fassung der GoR anzunehmen. Die Motion Nr. 02/97 solle ausserdem abgeschrieben werden.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Stadtrat Lukas Ott sagt, das Thema erscheine etwas heikel, da subjektiv die Frage aufscheine, was ein Stadtrat in Liestal wert sei. Da gebe es verschiedene Standpunkte. Objektiv gesehen würden zwei Faktoren darüber entscheiden, wer Stadtrat werden könne: Erstens müsse man Zeit dafür haben und zweitens müsse man sich dies ökonomisch leisten können. Aus Gründen der Demokratie sollten aber nicht nur diejenigen, die es sich leisten könnten, im Stadtrat vertreten sein. Es müsse einen Ausgleich geben, damit der Stadtrat allen Bevölkerungskreisen zugänglich sei. Das Schlüsselwort sei die Erwerbsersatzordnung. Die GoR habe die Möglichkeiten gegenüber den Ideen des Stadtrates noch erweitert. Der Stadtrat schliesse sich den Vorschlägen der GoR an und verdanke ihre gute Arbeit.

Doris Greiner (SP) teilt mit, die SP-Fraktion stelle sich voll und ganz hinter die Anträge. Als besonders fortschrittlich bewerte sie die Aufhebung der absoluten Einkommensgrenze und die Entschädigung für Betreuungsaufgaben.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) führt aus, in seiner Fraktion habe das Geschäft keine hohen Wellen geworfen. Sie sei einstimmig für Zustimmung. Er sei selbst Mitglied der GoR. Für die Beratung habe man viel Zeit investiert. Dies sei in Ordnung, wenn das Resultat zufriedenstellend sei. Dies sei für ihn der Fall. Wenn man das neue Reglement aber mit dem gültigen vergleiche, käme man zum Schluss, dass man die neuen Regelungen mit weniger Zeitaufwand hätte erarbeiten können.

Paul Lüscher (FDP) gibt bekannt, auch die FDP-Fraktion stehe hinter den Anträgen.

://: 1. Die Änderung des Reglements in der Fassung der GoR wird grossmehrheitlich mit 1 Enthaltung angenommen.

2. Die Motion Nr. 02/97 wird einstimmig abgeschrieben.

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Paul Finkbeiner

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon